

Das große Ganze und der große Zweifel

EU wieder einmal in einer Krisen-Situation / Warum verliert sich eine Idee im Klein-Klein? / Begegnungen in Straßburg

Von Dieter Klink

Das hat Jean-Claude Juncker ja prima hingekriegt. Seine größten Fans hat der neue EU-Kommissionspräsident inzwischen bei den Sozialdemokraten. In den Europa-Wahlkampf im Frühjahr zog die SPD eigentlich mit Martin Schulz als Spitzenkandidaten, aber nun sagt Peter Simon: „Ich hoffe, dass mit Juncker mehr politische Sensibilität und Gestaltungswillen einkehren.“ Die Kommission, so hofft der SPD-Europaabgeordnete aus Mannheim, werde sich peu à peu zur richtigen Regierung entwickeln – und das Parlament damit auch zum richtigen Parlament. „Mit Juncker gibt da plötzlich einer die Leitlinie vor. Das hatten wir noch nie“, schwärmt Simon.

Wer kann für einen Aufbruch sorgen?

Wenn Simon vom Konservativen Juncker erzählt, hört sich das an, als stehe ein neuer Aufbruch bevor. Seltsam: Für den Aufbruch soll die neue Kommission sorgen, nicht das Parlament.

Es gibt auch skeptischere Stimmen unter baden-württembergischen Europa-Abgeordneten. Michael Theurer zum Beispiel, einer der drei verbliebenen FDP-Vertreter in Brüssel und Straßburg. Er sieht ein Kompetenzgerangel voraus: Ein Kommissionspräsident und mehrere Vize-Präsidenten, die die Arbeit koordinieren sollen – die Struktur ist neu. Wie das klappen soll und wer was zu entscheiden hat, weiß noch niemand. Theurer ist da skeptisch.

Wo soll ein neuer Aufbruch herkommen? Manche sind schon froh, wenn sich die Stimmung nicht immer weiter eintrübt. In Ingeborg Grässle (CDU), Abgeordnete aus Heidenheim, spiegelt sich alles, was Europa derzeit durchmacht. „Die EU ist an einem Wendepunkt“, glaubt sie. Grässle ist Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses

und eine sehr fleißige Abgeordnete. Sie ackert, kniet sich voll rein. Wenn ihr jemand Verschwörung von EU-Geldern meldet, geht sie jedem Fall hartnäckig nach. Sie will für ein besseres Europa sorgen. Aber wer kriegt schon etwas davon mit? „Wenn ich zu EU-Veranstaltungen in meiner Heimat eingeladen werde, kommen vielleicht acht bis 15 Leute. Sie sehen immer so aus, als wären sie zum Tode verurteilt“, sagt sie halb im Spaß, halb im Ernst. „Sie kommen nicht mal wegen mir, sondern nur, um dem Termin-Organisator einen Gefallen zu machen.“ Die EU sei mittlerweile so groß, „die Leute fremdeln“, sagt sie in einem Nebensatz. Grässle kennt alle Argumente gegen das 28-Staaten-Gebilde. Sie hofft, dass „die Leute genug Geduld für Europa aufbringen“. Dann merkt Grässle, dass der Frust sie trägt, und schiebt ein paar Sätze hinterher: „Europa ist faszinierend. Manchmal denke: Jetzt ist alles aussichtslos, aber dann gibt es doch immer wieder Lösungen.“ Grässle verkörpert das große Ganze – und den großen Zweifel gleich mit. Vielleicht hängt das zusammen?

Klagen, Jammern, Selbstbespiegelung: Sind Europa-Abgeordnete Profineurotiker, die sich bemitleiden? Peter Simon winkt ab. „Frust? Ne!“; entzündet er sich. Im Gegenteil: Die außenpolitischen Krisen rundherum (Ukraine, arabische Länder), glaubt er, werden uns aus der Sinnkrise führen. „In Deutschland hat man sich daran gewöhnt, nur noch die negativen Dinge zu sehen.“ Aber nirgendwo sonst auf der Welt, wird Simon grundsätzlich, gebe es den Dreiklang aus Freiheit, Sicherheit, Wohlstand. Man müsse sich das nur immer wieder bewusst machen. Simon: „Europa wird immer aus dem Moment des Problems heraus infrage gestellt, aber man muss das Ganze im historischen Kontext sehen, denn: Es gibt auch ein Übermorgen.“

Auch Daniel Caspary, CDU-Abgeordneter aus Stutensee, beschwört den großen



Die Fahnen vor dem Parlament in Straßburg flattern im Wind: Europa ist in Bewegung – aber auch ständig in der Kritik.

Rahmen. Er findet: „Wir brauchen mehr Europa.“ Um zu unterstreichen, was er meint, hat er einen Kollegen aus Lettland mitgebracht. Artis Pabriks war Außenminister und Verteidigungsminister seines Landes, jetzt ist er Abgeordneter im EU-Parlament und schildert drastisch seine Sicht der Ukraine-Krise. Was, wenn Wladimir Putin auch das Baltikum angreift? Steht dann der Westen parat? „Für uns ist das eine existenzielle Frage. Ich will, dass die Europäer stärker sind. Wir reagieren immer zu schwach und zu spät“, sagt Pabriks. Die baltischen Länder seien zu klein, um sich selbst zu verteidigen. EU und NATO müssten Putin mehr entgegenzusetzen.

Auch FDP-Mann Theurer wünscht sich eine stärkere gemeinsame Außenpolitik. Die Regierungschefs seien gefordert. „Deutschland und Frankreich müssen vorangehen und Vorschläge machen.“ An die EU werden viele unterschiedlichen Erwartungen gestellt. Sie ist überfrachtet mit Anforderungen, so wie die neue Kommission. Das kann nur zu Enttäuschung führen und zum

Frust à la Grässle. Theurer meint: Manche Kritik an Europa sei hohl. „Europa ist ein Hort an Stabilität.“ Man müsse nur die Außensicht wagen, und weg von der Binnensicht.

Vom großen Zweifel leben die vielen Europa-Kritiker, die seit der Europa-Wahl im Mai in Straßburg und Brüssel tätig sind. Oder auch nicht tätig sind. Grässle hat beobachtet, dass die Europa-Gegner in den Ausschüssen nicht mitarbeiten.

Also müsse man die Arbeit auf wenige Schultern verteilen. „Die immer Gleichen müssen sich jetzt reinknien“.

Eines haben die Europa-Gegner den „Alten“ wohl voraus. Pabriks sagt über die Gegner: „Marine Le Pen hat immerhin eine Vision, sie will zurück ins Nationale. Wir Pro-Europäer brauchen auch eine Vision!“

Peter Simon bittet dafür um Geduld. So sehr sich in den

vergangenen Jahren Wut über Europa angestaut hat, so lange werde es auch dauern, diese Wut wieder abzubauen. Er spricht von Entfremdung. Diesen Prozess umzukehren, brauche Zeit – aber es werde gelingen. Man möge die Erwartungshaltung an Europa dämpfen, denn die eine Lösung für alle Fragen gebe es nicht. Die eine Lösung versprechen nur die „Bauernfänger von rechts und links“.



Ingeborg Grässle. Fotos: Klink



Peter Simon. Foto: pr



Daniel Caspary. Foto: dpa

„Gäbe es die EU nicht, man müsste sie erfinden“

Der Ötigheimer Bernd Kölmel sitzt für die AfD im Europaparlament / Als Europa-Gegner sieht er sich nicht

Von Thomas Trittmann

Sein Büro wirkt nicht so, als sei Bernd Kölmel schon angekommen. Der kleine Raum mit Nasszelle und Blick in den ovalen Innenhof des gigantischen Louise-Weiss-Baus des Europaparlaments wirkt seltsam unbewohnt. Keine Aktenordner, keine persönlichen Gegenstände, sieht man von ein paar Wasserflaschen ab.

Kölmel, der Mann aus Ötigheim, scheint noch etwas zu fremdeln mit seiner neuen Aufgabe in Straßburg. Das mag an der Partei liegen, für die er Europa-Abgeordneter ist: die Alternative für Deutschland, AfD.

Die AfD ist als Ein-Themen-Partei in die Welt gekommen. Sie will nicht mehr europäische Integration. Sie will auch nicht mehr Euro-Staaten, sondern weniger. Ihre Agenda ist eine EU-kritische. Folgerichtig sind die sieben AfDler aus Deutschland der EKR-Fraktion beigetreten. Den „Europäischen Konservativen und Reformisten“ gehören auch die britischen Tories oder Jaroslaw



Bernd Kölmel an seiner neuen Wirkungsstätte: Der Ötigheimer in seinem Straßburger Büro. Foto: Trittmann

Kaczynskis PiS aus Polen an. „Wir sind eine europafreundliche Partei, aber eine konstruktiv-kritische“, sagt Kölmel, wohl, weil man von allein nicht sofort darauf kommen

würde angesichts der Zusammensetzung der EKR-Fraktion. Doch Kölmel bricht eine Lanze für seine Mitstreiter: „Auch die Tories sind europafreundlich. Auch sie wollen eine EU.

Nur nicht diese, sondern eine andere, eine erheblich schlankere.“ Und dann fügt er ohne zu zaudern an: „Die EU als solche ist ja gut. Gäbe es sie nicht, man müsste sie erfinden.“

Als in diesen Tagen die neue EU-Kommission zur Wahl stand, hat Kölmel mit Nein gestimmt, die anderen sechs AfD-Parlamentarier haben dasselbe getan. „Ich halte Jean-Claude Juncker für eine Fehlbesetzung, und in der Kommission sind Leute, die sind einfach untragbar.“ Hätten die Kommissare einzeln zur Wahl gestanden, Bernd Kölmel hätte Günther Oettinger seine Stimme gegeben. „Der ist ein Leistungsträger, der kann was.“

Was Kölmel nicht gefällt an der EU, ist ihre Komplexität. Der Bürger verstehe die EU nicht mehr – und wende sich ab, glaubt der 55-Jährige. „Deshalb sagen wir: Lasst uns das Ganze auf einen guten Kern schrumpfen. Europa soll da regieren, wo es das besser kann als die einzelnen Staaten.“ Bei großen Themen von der Luftverschmutzung bis zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik etwa, aber auch bei

manchen kleinen Dingen. „Der europaweit genormte Handy-stecker macht doch hochgradig Sinn“, sagt Kölmel. Keinen Sinn machten dagegen Absurditäten wie die Debatte ums Ölkännchenverbot.

Nicht nur vom Klein-Klein sollte die EU die Finger lassen, sondern auch von manchem Großen, fordert der gebürtige Rastatter. Subventionen etwa oder riesige staatliche Investitionsprogramme sind ihm ein Graus. Beim Thema Banken- und Euro-Rettung, da könnte sich der sonst so sachliche Kölmel in Rage reden. „Das ist doch Umverteilung von Arm nach Reich“, sagt er energisch. Kleine Leute, Rentner, Sparer, Kunden der Lebensversicherungen, all sie zahlten die Zechen.

„Dass einfache Wahrheiten gelehrt werden, das kann ich nicht begreifen“, zürnt er weiter. Eine dieser Wahrheiten laute: „Griechenland ist pleite.“ Eine weitere laute: „Die völlig missratene Euro-Rettung ist gar keine.“ Man werde nicht retten können, was nicht rettbar sei. Entweder werde es zu Schuldenvergemeinschaftung und

später Staatsbankrotten kommen, prognostiziert der AfD-Mann. Oder zum Auseinanderbrechen der Euro-Zone – „weil Staaten sagen: Wir wollen nicht mehr.“ Für Kölmel ist das nicht die schlechteste Vorstellung. „Ich bin der Verfechter eines verkleinerten Euro-Gebiets.“ Mit strengen Anforderungen an Wirtschaftsdaten, Rechtssystem, Staatsfinanzen. Höchstens die Hälfte der jetzigen Euroländer könnte dabei sein.

Strenge Anforderungen, ein gutes Strichwort auch für die eigene Partei: Sind die Anforderungen an Mitglieder streng genug – also so streng, dass Neonazis draußen bleiben müssen? „Wir tun, was wir können“, versichert der ehemalige Polizist Kölmel. Willkommen sei jeder, der sich im demokratischen Spektrum verortet. „Wenn diese Grenze überschritten wird, dann hört bei mir der Spaß auf. Wer durch Antisemitismus auffällt, fliegt raus.“ Aber in Baden-Württemberg – Kölmel ist der AfD-Landesvorsitzende – habe man keine Mitglieder, die diese Grenze überschritten hätten.